

Antrag

der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ulrike Höfken, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Überschüssige Mittel aus dem EU-Agrarhaushalt für Bekämpfung der Hungerkrise nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Initiative des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zu unterstützen, 1 Mrd. Euro aus den Mitteln für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für die Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern einzusetzen;
2. sich dafür einzusetzen, dass mit den zusätzlichen Geldern vor allem die nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft in Ländern unterstützt wird, die von der Nahrungsmittelkrise betroffen sind.

Berlin, den 15. Oktober 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat vor kurzem bekannt gegeben, dass die Zahl der chronisch unterernährten Menschen allein im Jahr 2007 sprunghaft von 850 auf 923 Millionen gestiegen ist und bereits in diesem oder nächsten Jahr die Eine-Milliarde-Grenze übersteigen könnte.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon hat sowohl im Mai 2008 auf dem Welternährungsgipfel in Rom als auch Ende September 2008 auf der VN-Sondervollversammlung (VN: Vereinte Nationen) in New York deutlich gemacht, dass die internationale Gemeinschaft auf die sich verschärfende Nahrungsmittelkrise entschlossen reagieren muss, wenn sie verheerende weltweite Folgen wie soziale und politische Instabilität und zunehmende Migrationsströme verhindern will. Gefordert seien vor allem mehr Mittel für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors in den Ländern, die besonders stark von der Nahrungsmittelkrise betroffen sind.

Die VN-Hunger-Task-Force fordert in ihrem jüngsten Bericht deutlich mehr Mittel für den Landwirtschaftssektor in Entwicklungsländern. Dringend nötig seien Programme, mit denen Kleinbauern in die Lage versetzt werden, auf nachhaltige Weise einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit zu leisten.

Auch die Europäische Union hat in der Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie auf die Bedeutung der stärkeren Zusammenarbeit in Fragen der Ernährungssicherheit und nachhaltigen Landwirtschaft hingewiesen.

Im Zuge dieser Debatte hat die Europäische Kommission im Juli 2008 vorgeschlagen, nicht genutzte Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik in Höhe von 1 Mrd. Euro aus dem Agrarhaushalt als Krisenfazilität für die Entwicklungsländer umzuwidmen.

Mit diesen neuen Finanzmitteln will die Europäische Kommission den Zugang zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Dienstleistungen in Entwicklungsländern erleichtern. Außerdem sollen soziale Notsysteme und Sicherheitsnetze etabliert werden.

Die Bundesregierung sollte die Vorschläge der Europäischen Kommission unterstützen und sich dafür einsetzen, dass die zusätzlichen Mittel vor allem für die Förderung einer für Mensch und Umwelt nachhaltigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den vom Hunger betroffenen Entwicklungsländern eingesetzt werden.